

## **Baustelle Demokratie | Wie stärken wir Teilhabe und Gerechtigkeit?**

Demokratiedialog – Sa, 08.10.2016 – dock europe (Hamburg-Altona)

Forum: Demokratisierung des Ökonomischen

Referent\*innen: **Ulrike Herrmann**, Wirtschaftsjournalistin, taz, Berlin  
**Josef Vogl**, Literaturwissenschaftler, Humboldt-Universität, Berlin  
**Efthimia Panagiotidis**, Soziologin, Vorstand fux e.G., Hamburg

Moderation: **Karin Heuer**, *umdenken* Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.

Protokoll: Heinrich Pfeiffer, Peer Rieck

### **Protokoll zum Forum: Demokratisierung des Ökonomischen**

In der Diskussion waren die Bedeutung bzw. die Gefahr, die die Finanzwirtschaft für die Demokratie darstellt, sowie die Finanzkrise ab 2007 zentrale Themen. Es wurde danach gefragt, wie es zu dieser Krise kommen konnte und was sich seitdem geändert hat. Nachdem einige Perspektiven und Thesen hinsichtlich der Wechselwirkungen von Finanzwesen und Demokratie ausgetauscht wurden, gab es auch einige Vorschläge dazu, wie die Demokratie gegenüber der Finanzwirtschaft zukünftig gestärkt werden könnte.

Bevor die Referent\*innen sich der Finanzkrise 2007 widmeten, wurde ein kurzer Überblick über die Geschichte des Finanzwesens gegeben. Josef Vogl bezog sich hier auf die 1694 erfolgte Gründung der „Bank of England“, welche sich zu einer unabhängigen Regierungsinstitution und vierten Gewalt entwickelte. Aufbauend auf dem Gedanken des Finanzwesens als vierte Gewalt wurde dann das 20. Jahrhundert genauer betrachtet. Es lässt sich konstatieren, dass die Dominanz der Wall Street auch mit der militärischen Dominanz der USA im Rahmen zweier Weltkriege zusammenhängt. Diese Dominanz hat mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems („Goldstandard“) und der Ölkrise von 1973 Schaden genommen. Die Zentralbanken erhöhten die Zinsen um der Inflation entgegenzuwirken. Mit dem Ende des Goldstandards als System fester Wechselkurse und infolge diverser Krisen begann die Deregulierung der Banken und des Finanzwesens. Der Handel mit Derivaten nahm Fahrt auf und die Banken nutzten die Situation für gegenseitige Kredite.

Die Finanzkrise ab 2007 hatte aus Sicht der Referent\*innen mehrere Gründe. Zunächst wurde die These aufgestellt, dass zwischen Politik und Finanzwirtschaft eine Asymmetrie des Wissens bestehe. Ein niedriger Wissensstand innerhalb der Politik wurde unter anderem damit begründet, dass diejenigen, die über umfassendes Wissen über das Finanzwesen verfügen, aufgrund höherer Einkommen im privaten Sektor verblieben. Des Weiteren wurden das Verständnis von Staaten als Unternehmen und das damit verbundene Primat der zwischenstaatlichen Wettbewerbsfähigkeit kritisiert und als Gründe für die Finanzkrise diskutiert. Damit einhergehend besteht bei Staaten die Angst vor Kapitalflucht, Regierungen agieren im Gefängnis des Marktes. Letztlich erfuhren die Banken eine weitgehende

Immunisierung gegenüber anderen Bereichen der Gesellschaft.

Die Rolle Griechenlands in der Krise wurde auch näher beleuchtet. Hier stand vor allem die Behandlung Griechenlands durch die EU, genauer durch die Euro-Gruppe im Vordergrund. *(Anmerkung des Protokolls: Diese Gruppe besteht unter anderem aus den Finanz- bzw. Wirtschaftsminister\*innen der Euro-Länder, dem EZB-Chef und dem Wirtschafts- und Währungskommissar der Kommission. Diese informell agierende Gruppe, die keine konkreten Entscheidungsbefugnisse besitzt stellte eine Reihe von Forderungen an Griechenland, welche im Sinne der Krisenbekämpfung und als Bedingung für die Erteilung von Krediten umzusetzen waren.)* Durch die begrenzte Zuständigkeit der Europäischen Kommission, welche an den Euro-Gruppen-Treffen nur marginal beteiligt ist, wurde Griechenland die Möglichkeit genommen, zu strikte Maßnahmen mithilfe des Vetorechts zu verhindern. Josef Vogl sprach hier von „parademokratischen Entscheidungsprozessen“. Darüber hinaus wurden auch das problematische Agieren des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble in der Euro-Gruppe sowie sein Umgang mit Griechenland thematisiert.

Im weiteren Verlauf wurde der Frage nachgegangen, ob es nach 2007 Veränderungen oder einen Aufschrei zu verzeichnen gab. Es kann festgestellt werden, dass die Ungleichheit gewachsen ist. Im Rahmen von Basel III, einem internationalen Regelwerk zur Bankenregulierung und zur Steigerung der Krisenfestigkeit, wurde beschlossen, dass Banken ein Eigenkapital von 3% ihrer Bilanzsumme halten sollen. Die Banken sorgen sich allerdings weniger um die Eigenkapitalquote als um die Höhe der Boni für die Vorstandsetagen. Des Weiteren ist der Handel mit Derivaten umfangreicher und weiterhin profitabler als das Geschäft mit Krediten.

Außerdem wurde geäußert, dass eine Prognose der Krise nicht möglich war und dass der Kapitalismus durch solche Krisen quasi am Leben gehalten wird.

Es wurden auch einige Prognosen bezüglich der Eurozone gewagt. Ulrike Herrmann sagte dazu, dass die Eurozone nicht an Griechenland, sondern an Italien scheitern könnte, welches seit 2009 10% Wirtschaftsleistung eingebüßt hat. Abgesehen davon, dass ein Ausscheiden Italiens für Deutschland nicht wünschenswert wäre, wurde auch Deutschlands Wirtschafts- und Finanzpolitik thematisiert. Da in Deutschland, auf staatlicher wie auch auf privater Seite, sehr viel gespart wird, kommt es zu Investitions- und Nachfrageproblemen. Die deutschen Exportüberschüsse, welche auch mit sinkender inländischer Nachfrage zusammenhängen, werden im bereits verschuldeten Ausland abgesetzt.

Zum Abschluss des Forums wurden Lösungsvorschläge zur Regulierung des Finanzwesens formuliert. Hierzu wurden verschiedenste Aspekte diskutiert. Zunächst sollte gegen strukturelle Instabilität vorgegangen werden, wozu sich unterschiedliche Maßnahmen eignen würden. Diskutiert wurden Ideen wie ein kompletter Stopp oder die Verstaatlichung von Derivate-Geschäften, eine staatlich besser organisierte Bankenpolitik oder eine weitere Steigerung des Eigenkapitals der Banken.

Relevanter für die gegenwärtige Alltagspolitik sind Lösungsvorschläge wie Lohnanhebungen (Anhebung von Hartz IV oder Mindestlohn) oder eine stärkere Fokussierung auf die Steuerpolitik. Bei diesen Vorschlägen, wie auch bei der gezielten Verhinderung von Negativzinsen, handelt es sich um Ansätze zur demokratischen Bekämpfung der Ungleichheit. Auch ein „Rückkauf“ des Wissens wurde ins Spiel gebracht, um der zuvor genannten Asymmetrie des Wissens zwischen Politik und Finanzwirtschaft zu begegnen.